

Stellungnahmen der Parteien

In vielen Punkten uneinig: Anlässlich der Gemeindeversammlung vom kommenden Dienstag, 24. Juni, nehmen die sechs Lokalparteien Stellung zu den zehn Traktanden.

«Es wird heisser gekocht, als gegessen.» Dieser altkluge Spruch passt zur Rechnung 2013 – schloss diese doch 19,2 Millionen besser als budgetiert ab. Waren die Einsparungen zu Lasten von Vereinen und Kulturleben wirklich sinnvoll? Wir wehrten uns erfolglos dagegen und warnten davor, den Service public auszuhebeln, um anschliessend über Steuerrabatte Ertragsüberschüsse auszugleichen.

Die SP Baar wird dem Vorschlag, 300 000 Franken an das Pfadiheim beizusteuern, zustimmen. Die Pfadi bietet eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung und ist in unserer Gesellschaft tief verankert. Ausserdem hat sich die Pfadi bemüht, ihr neues Heim auf breiter Basis zu finanzieren.

Der Gemeinderat konnte fast nicht anders, als die Motion von FDP, CVP und SVP für eine Erhöhung der Ausnützungsziffer in den Zonen W2b und W3 abzulehnen. Denn die kantonale Strategie (nur punktuelle Verdichtung) wäre damit nicht erfüllt gewesen. Wir fragen uns, wie viel Steuergeld für Studien und Sitzungen «verbuttert» wurde, nur um einigen bürgerlichen Partikularinteressen gerecht zu werden. Seltsam ist die dazugehörige Abstimmung in der Baukommission (2:0, bei drei Enthaltungen und zwei Abwesenheiten). **Zari Dzaferi, Präsident SP Baar**

Aktivere Ortsplanung und Unterstützung der Pfadi

Die anwesenden Mitglieder haben den Geschäftsbericht zur Kenntnis genommen. Explizit gelobt wurden Inhalt und Form. Auch der Rechnung stimmten sie einstimmig zu, jedoch mit einem Fragezeichen: Warum hat die Gemeinde immer noch Kosten im Vormundchaftswesen, nachdem es kantonalisiert worden ist?

Lange diskutiert wurde die Motion Ausnützungsziffer, welche die CVP mit FDP und SVP eingereicht hatte. Die CVP Baar unterstützt knapp mit zehn Ja zu sieben Nein und einer Enthaltung den Antrag des Gemeinderates. Es kam klar zum Ausdruck, dass man ein Bekenntnis zum Anliegen der Motionäre gewünscht hätte und dass es bei der nächsten Ortsplanungsrevision aufgenommen werden muss. Die CVP will auch die Pfadi beim Bau ihres Pfadiheims unterstützen. Die Pfadi leistet gute, engagierte Arbeit für die Baarer Jugend, weshalb der Beitrag à fonds perdu kein verlorenes Geld ist. Alle weiteren Anträge des Gemeinderates unterstützte die Versammlung diskussionslos. **Barbara Häseli, Vorstand CVP Baar**

Die Kommissionen sollen nach Majorz gewählt werden

Mit ihrer Motion «Revision

die SVP, die Kommissionsbestellungen dem neuen Majorz-Wahlssystem anzupassen. Die Antwort des Gemeinderats, diese weiterhin nach dem Wähleranteil der Parteien bei den Gemeinderatswahlen bestellen zu wollen, überrascht die SVP, sind Majorzwahlen doch gerade Kopfwahlen und keine Parteiwahlen. Entsprechend hofft die SVP, dass die Gemeindeversammlung ihrem Vorschlag folgt, damit die Kommissionen in Zukunft nach der Parteienstärke bei den nach Proporz-System durchgeführten Kantonsratswahlen bestellt werden.

Die Rechnung 2013 schliesst mit einem Ertragsüberschuss ab, was einerseits auf eine effiziente Kostenkontrolle beim Sachaufwand und andererseits auf Mehreinnahmen zurückzuführen ist. Die SVP fordert auf der Ausgabenseite zusätzliche Einsparungen, insbesondere in den Bereichen Soziales, In- und Auslandhilfe und Sachaufwand.

Betreffend des Alterszentrums Bahnmatt folgt die SVP dem gemeinderätlichen Antrag für die Finanzierung des Vorprojekts mit Kostenschätzung. So wird sichergestellt, dass das architektonische Konzept und die Grobschätzung der Baukosten innerhalb des vorgeschlagenen Zeitplans realisiert werden können.

Thomas Aeschi, Präsident SVP Baar

Förderung des Dorflebens und der Vereinskultur

Die GLP Baar dankt dem Gemeinderat und den gemeindlichen Angestellten für die in der Berichtsperiode geleistete Arbeit. Die sehr gute Rechnung 2013, welche mit einem Mehrertrag von acht Millionen anstelle des budgetierten Mehraufwands von über zehn Millionen abschliesst, wird genehmigt. Angesichts dieser Zahlen bleibt die Frage offen, warum einige Parteien versuchen, jeden Ausgabeposten mit einer Sparmassnahme zu belegen. Es ist unvernünftig, jeden noch so kleinen Gemeindebeitrag zu streichen, nur um noch mehr in den Finanzausgleich zahlen zu können. Dieses Geld ist in der Förderung unseres Dorflebens, gesunder Vereinskultur und nützlichen Dienstleistungen besser aufgehoben. Natürlich sind die Entscheide der letzten Gemeindeversammlung nicht rückgängig zu machen. Erst die nächste Budgetgemeindeversammlung wird zeigen, ob diese Parteien noch weitere Leistungskürzungen suchen.

Die GLP befürwortet das gewählte Konzept für betreutes Wohnen im Alterszentrum Bahnmatt, welches in dieser Art mit einem Grundleistungsangebot und weiteren Dienstleistungen kombinierbar ist. Die GLP erwartet, dass im Rahmen des Vorprojekts den ökologischen Kriterien moderner Bauweise genügend Wichtigkeit beigemessen wird. Der Kredit von 970 000 Franken wird bewilligt.

Der Finanzierungsbeitrag an das Pfadiheim wird als ein sinnvoller Beitrag an die Baarer Vereinskultur und Jugend angesehen. Die Überlegung des RGPK (einen Teil des Bei-

gewähren) ist grundsätzlich nachvollziehbar, bei der aktuellen finanziellen Lage der Gemeinde aber in keiner Weise angebracht. Die GLP unterstützt somit den Antrag des Gemeinderates und bewilligt den vollen Beitrag à fonds perdu.

Die GLP unterstützt grundsätzlich verdichtetes Bauen in zentral gut erschlossenen Gebieten. Diese Verdichtungsgebiete sollen aber nicht, wie von den Motionären gefordert, flächendeckend eingeführt, sondern punktuell ausgeschieden werden, wie dies vom Amt für Raumplanung und vom Zuger Regierungsrat angedacht ist. Die Motion soll somit als erledigt abgeschrieben werden.

Die Motion der SVP Baar zum Kommissionswesen geht in die Richtung von weiterer Machtkonzentration auf wenige. Die grossen Parteien sollen damit noch mehr Einfluss erhalten. Zudem sollen Experten nur sporadisch zu den Kommissionsitzungen eingeladen werden. Die Kommissionsarbeit ist zu wichtig, als dass sie wie vorgeschlagen eingeschränkt werden soll. Die Motion der SVP wird deshalb als nicht erheblich erklärt.

Andreas Flübler, Vorstand GLP Baar

Für die Motion zur Erhöhung der Ausnützungsziffer

Die FDP nimmt erfreut von den deutlich über Budget eingegangenen Steuererträgen und dem daraus resultierenden Ertragsüberschuss von 8,7 Millionen Franken Kenntnis. Die installierte Kostenkontrolle funktioniert aus unserer Sicht gut und ist erkennbar. In diesem Zusammenhang begrüssen wir, dass die CVP den Rückzug ihrer Motion «Schuldenbremse» beschlossen hat. Zwar sind wir ebenfalls der Auffassung, dass die gewohnt hohen Ertragsüberschüsse zu viel einbezahltes Geld der Steuerzahler sind. Dass unser extrem hohes Eigenkapital nur schwer abzubauen ist, ist ein Luxusproblem, mit dem wir bedacht umzugehen haben.

Dem Kredit für das Vorprojekt Bahnmatt von 970 000 Franken stimmen die Freisinnigen einstimmig zu. Zudem folgt die FDP dem Vorschlag des Gemeinderats, den Neubau des Pfadiheims, zu unterstützen.

Die FDP ist nach wie vor der festen Überzeugung, dass die mit der Ortsplanungsrevision 2005 gemachte Reduktion der Ausnützungsziffer (AZ) von 0.7 auf 0.6 falsch war und umgehend rückgängig gemacht werden muss. Es ist dabei festzuhalten, dass die Erhöhung der AZ auf 0.7 keine Änderung von Grenzabstand, Gebäudehöhe oder Gebäudelänge mit sich bringt. Durch die Anpassung wird lediglich die Möglichkeit geschaffen, in denselben Gebäudevolumen mehr Ausnützung und damit mehr Wohnfläche zu generieren. Die vom Gemeinderat herangezogenen Argumente, dass durch einen Arealbebauungs- oder Bebauungsplan ebenso mehr Wohnraum generiert werden kann, treffen leider nur zu, wenn eine bestimmte Grundstückgröße bebaut werden kann. Eine massive Verdichtung mit AZ 3.5

spielsweise im Unterfeld ist begrüssenswert. Die Erhöhung der AZ in der Zone W3 muss aber ergänzend erfolgen. Wir müssen uns bewusst sein, dass aufgrund der letzten Volksabstimmungen im Kanton Zug in den nächsten 20 Jahren keine zusätzlichen Landflächen eingezont werden können. Umso mehr gilt es, die vorhandenen Ressourcen sinnvoll zu nutzen.

Ein wesentlicher Bestandteil des erfolgreichen «Baarer Modells» ist die gut funktionierende Kommissionsarbeit. Wie unter anderem in der Jugendkommission ist es gewinnbringend, wenn auch Mitglieder, die nicht eine politische Partei vertreten, aber durch ihre Jugendarbeit mit der Materie bestens vertraut sind, Einsitz nehmen können und Fachkenntnisse einbringen. Die FDP folgt den Anträgen des Gemeinderats und lehnt die Motion der SVP ab. Die FDP lehnt das Motionsbegehren betreffend Ergänzung der Gemeindeordnung bei Urnenabstimmungen ab. Gespannt erwarten wir die mündliche Beantwortung unserer am 2. Juni eingereichten Interpellation betreffend Kostentransparenz an der Volksschule.

Andreas Hostettler, Präsident FDP, Die Liberalen Baar

Ein Millionengewinn, der verpflichtet

Budgetiert war ein Minus von über zehn Millionen Franken, herausgekommen ist ein Gewinn von fast neun Millionen Franken. Bereits die Rechnung 2013 zeigt, dass sich die kleinlichen Sparmassnahmen zu Lasten der Jugend und der Kultur als unnötig erwiesen haben. Die Alternative-die Grünen Baar erwartet vom Gemeinderat, dass er die Kürzungen im Budget 15 wieder zurücknimmt. Sie fordert den Gemeinderat auf, aus dem Überschuss weitere Hilfsprojekte im In- und Ausland zu unterstützen. Die Alternative-die Grünen beantragt, dass der Gewinn nicht in der Steuerausgleichsreserve versteckt wird, sondern dass gezielt der preisgünstige Wohnungsbau für Junge und Familien gefördert wird.

Die Alternative-die Grünen unterstützt den Betrag von 300 000 Franken für das neue Pfadiheim. Die Aufteilung in Beitrag und zinsloses Darlehen wird abgelehnt. Die Pfadi Baar hat die vorbehaltlose Unterstützung verdient.

Die SVP-Motion zu den Kommissionsitzen greift ein Unbehagen auf, dem man nicht einfach mit einem schroffen Nein begegnen kann. Die Alternative-die Grünen strebt eine breite Verteilung der Kommissionsitze an alle relevanten Parteien an. Nur so können die Kommissionen ein verlässliches Abbild der Bevölkerung sein.

Kein Verständnis hat die Alternative-die Grünen für die Ablehnung ihrer Motion zu den Urnenabstimmungen. Der Gemeinderat verpasst eine Chance für eine klare Regelung; er riskiert weitere Gerichtsverfahren, analog zum Golfplatz-Debakel.

Anna Lustenberger-Seitz, Präsidentin Alternative-